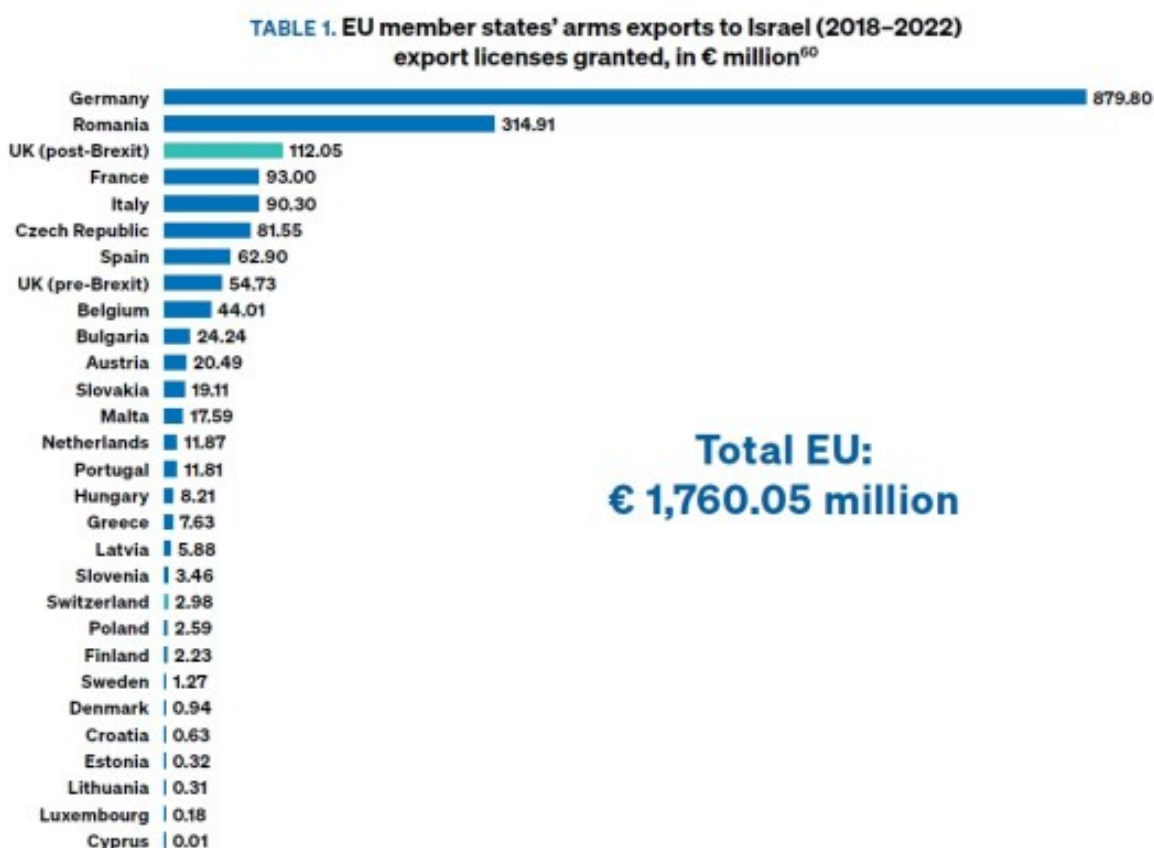


# Widerstand gegen Waffenlieferungen und Kooperation mit israelischer Waffenindustrie in Frankreich

Da in Deutschland öfter mitgeteilt wurde, Macron wäre für einen Stopp der Waffenlieferungen an Israel, hier einige Klarstellungen und zwei Dokumente über den – teilweise erfolgreichen – Widerstand gegen Waffenlieferungen.

Marie-D. Vernhes, 22.10.2024



<https://www.tni.org/en/publication/partners-in-crime-EU-complicity-Israel-genocide-Gaza>

## 6.10.2024 - Stop arming Israel France

**Guten Tag, liebe Leserinnen und Leser,**

Sie haben wahrscheinlich alle von Emmanuel Macrons jüngster Äußerung über Waffenverkäufe an Israel gehört. Als Antwort auf die Medien, die seine Äußerungen oft ungeprüft übernehmen, auf verfrühte Gratulationen und Desinformation möchten wir Ihnen unsere Analyse mitteilen.

**Hat sich Macron für einen Stopp der Waffenlieferungen an Israel ausgesprochen?  
Zwischen Lügen und Worthülsen: Die französische Komplizenschaft geht weiter.**

**Viel Lärm um nichts?**

Am Samstag, den 5. Oktober, kommt es in einem Interview mit Emmanuel Macron auf France Inter anlässlich des Frankophonie-Gipfels zu einer Aussage, die viel Aufsehen

erregt hat: „Die Priorität ist, dass man zu einer politischen Lösung zurückkehrt, **dass man aufhört, Waffen zu liefern, um Kämpfe in Gaza zu führen. Frankreich liefert keine Waffen.**“

Diese Äußerungen wurden schnell von der gesamten französischen Presse weitergegeben, oftmals ohne jegliche Überprüfung. Kurz darauf und angesichts der wütenden Reaktion Netanjahus erinnerte der Élysée-Palast daran, dass Frankreich „**der unverbrüchliche Freund Israels**“ bleibe und „**weiterhin die für seine Verteidigung notwendigen Komponenten in den jüdischen Staat exportieren werde**“.

### **Floskeln**

Früheren Erklärungen des französischen Verteidigungsministeriums zufolge verkauft Frankreich kein „**tödliches Material**“ an Israel, sondern nur Komponenten, die es ihm ermöglichen, „**seine Verteidigung**“ zu gewährleisten“.

Tatsächlich verkauft Frankreich an Israel hauptsächlich Einzelteile. Diese Teile allein töten in der Tat nicht. Aber ohne diese Teile können die israelischen Waffen einfach nicht töten. Wenn man den französischen Rüstungsunternehmen glauben darf, besteht ihr gesamter Katalog aus „**Verteidigungssystemen**“, die die Sicherheit der Käufer gewährleisten sollen. In der Sprache dieser Unternehmen **existiert das Wort „Waffen“ schlichtweg nicht.**

Was Israel betrifft, so besteht seine gesamte offizielle Rhetorik darin, zu erklären, dass die Operationen gegen die palästinensische und libanesische Zivilbevölkerung rein defensiver Natur sind.

### **Ankündigungen und Lügen**

„Die Priorität ist,[...] dass man aufhört, Waffen zu liefern, um Kämpfe in Gaza zu führen. Frankreich liefert keine Waffen.“ Wenn man sich die Aussage des Präsidenten anhört, würde sich seine Stellungnahme nicht auf Frankreich, sondern auf andere - waffenexportierende - Länder beziehen.

Frankreich exportiert jedoch durchaus Rüstungsgüter nach Israel: 2022 belief sich der Wert der israelischen Bestellungen bei französischen Herstellern auf 15 Millionen Euro. Im Jahr 2023 hatte sich dieser Betrag auf 30 Millionen Euro verdoppelt.

Das investigative Medium Disclose deckte auf, dass mindestens zwei französische Unternehmen, *Eurolinks* und *Thales*, nach dem 7. Oktober 2023 militärische Komponenten an Israel geliefert hatten. Dies sind nur einige Beispiele für direkte Exporte, die der breiten Öffentlichkeit in der Regel nicht bekannt sind.

### **Zahlreiche und undurchsichtige Verbindungen**

Neben diesen direkten Exporten, die durch die Erklärung des französischen Präsidenten bereits nicht wirklich in Frage gestellt zu werden scheinen, füttert Frankreich die israelische Kriegsmaschinerie auf vielfältige Weise:

- Frankreich verkauft auch „Dual-Use“-Material, das sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich eingesetzt werden kann. Man denke an den von Exxelia verkauften Positionssensor, der in den Trümmern einer israelischen Rakete gefunden wurde, die 2014 drei Kinder in Gaza tötete.
- Französische Unternehmen verkaufen über ihre Tochtergesellschaften im Ausland Ausrüstung an Israel, wie Thales, das ein Joint Venture mit Elbit in England hat und dieses nutzt, um Teile von Drohnen an Israel zu verkaufen.

- Diese Unternehmen sind auch daran beteiligt, israelisches Kriegsmaterial nach Europa zu importieren, wie etwa MBDA in Deutschland: Diese Verträge bereichern direkt den militärisch-industriellen Komplex Israels.
- Es gibt zahlreiche weitere Kooperationsverbindungen zwischen Frankreich und Israel im Bereich der Rüstungs- und Überwachungsindustrie. Viele von ihnen haben wir in unserem *Handbuch der französischen Rüstungsunternehmen als Komplizen Israels* (<https://padlet.com/stoparmingisraelfrance/stop-arming-israel-france-smlj5i3burhikad3/wish/LNV1Q769yRJOamq3>) aufgelistet.

→ Was beinhaltet wirklich Emmanuel Macrons Aufforderung, keine Waffen mehr an Israel zu liefern, wenn all diese Verbindungen weiterhin bestehen?

### **Während Emmanuel Macron mit Worten spielt, ermordet Israel weiterhin Zehntausende Zivilisten.**

→ Der französische Präsident lügt, wenn er behauptet, dass Frankreich keine Waffen an Israel verkauft.

→ Seine Aussagen werden von der französischen Diplomatie sofort *nuanciert* ?(im Deutschen ungewöhnlicher Ausdruck), die es bedauert, den israelischen Verbündeten brüskiert zu haben.

→ Trotz eines scheinbar spektakulären Ankündigungseffekts wird keine wirkliche Änderung der Politik in Aussicht gestellt.

Der Druck der internationalen Kampagne gegen Waffenlieferungen an Israel hat bei dieser Erklärung des französischen Präsidenten trotz ihrer offensichtlichen Leere zweifellos eine Rolle gespielt.

**Dennoch wird nur ein tatsächlicher Stopp der Produktion und des Transports von Waffen der kolonialen Barbarei ein Ende setzen.**

**Organisieren wir uns in Büros, Fabriken, Häfen und Flughäfen, um Macrons Lügen Wirklichkeit werden zu lassen und einen vollständigen Stopp aller Waffengeschäfte mit Israel zu erreichen.**

Finden und teilen Sie diesen Text auf instagram:

[https://www.instagram.com/p/DaybzkoiREo/?img\\_index=1](https://www.instagram.com/p/DaybzkoiREo/?img_index=1)

Weitere Veröffentlichungen und Material für die Öffentlichkeitsarbeit:

<https://padlet.com/stoparmingisraelfrance/stop-arming-israel-france-smlj5i3burhikad3>

**17.10.2024**

## **Stop arming Israel France**

### **Teilsieg: Israelische Aussteller auf der Euronaval-Messe verboten**

Vom 4. bis 7. November 2024 soll die Euronaval-Messe auf dem Messegelände in Paris Nord Villepinte stattfinden. Euronaval ist im militärischen Marinesektor das Äquivalent zur Messe Eurosatory, die Frankreich im Juni letzten Jahres am selben Ort veranstaltet hat.

Bis heute waren unter den 450 von Euronaval angekündigten Ausstellern sieben israelische Waffenverkäufer vorgesehen. Darunter waren Unternehmen, die auf den Schiffsbau spezialisiert sind (Israel Shipyards, DSIT Solutions), aber auch die israelischen Rüstungsgiganten Israel Aerospace Industries, Rafael und Elbit Systems, die Hauptlieferanten der israelischen Armee.

In einer (heute streichen) von der Messeorganisation veröffentlichten Erklärung wurde jedoch die Entscheidung der französischen Regierung bekannt gegeben, „die Teilnahme der israelischen Delegationen an der Euronaval 2024 ohne Stände oder Materialausstellungen zu genehmigen“.

Dieses neue Verbot von Ständen folgt auf das Verbot von 74 israelischen Waffenverkäufern, die auf der Eurosatory-Messe im Juni ausstellen sollten, das dank monatelanger Kampagnen und der Mobilisierung der Bevölkerung in Verbindung mit einer Klage gegen die Organisatoren der Messe erreicht wurde. Heute, noch bevor eine solche Kampagne gegen Euronaval gestartet wurde, scheint die französische Exekutive also beschlossen zu haben, den israelischen Ausstellern auf dieser neuen Messe von sich aus abzusagen, da sie zweifellos eine Mobilisierung fürchtet, die ihre Widersprüche ans Licht bringen würde. In der vergangenen Woche hatte sich Emmanuel Macron dafür ausgesprochen, die Waffenverkäufe an Israel zu stoppen, obwohl Frankreich weiterhin militärische Komponenten an Israel liefert, die angeblich nur zu Verteidigungszwecken verwendet werden.

Das Ausstellungsverbot ist ein weiterer Sieg für die Kampagne gegen die israelische Aufrüstung und bestätigt die Hektik unserer führenden Politiker, deren Komplizenschaft mehr denn je entlarvt wird, da sich Israels völkermörderische Operationen im Gazastreifen im zweiten Jahr befinden und es seine Offensive auf das Westjordanland, den Jemen, Syrien, den Iran und den Libanon ausweitet.

Israel die Ausstellung auf der Euronaval zu verbieten, reicht jedoch nicht aus, da es israelischen Delegationen und Industriellen nicht verboten ist, die Messe zu besuchen und daran teilzunehmen, sondern lediglich, ihre Waffen auszustellen. Euronaval ist nicht nur eine Ausstellungsmesse, sondern vor allem ein privilegierter Rahmen für die Organisation von Geschäftstreffen zwischen Rüstungsunternehmen und ihren Kunden, an denen französische und internationale Rüstungsunternehmen teilnehmen, die derzeit Waffen an Israel verkaufen, wie Lockheed-Martin oder Thales. Euronaval bleibt somit eine Gelegenheit für Israel, Vereinbarungen mit französischen und ausländischen Industrieunternehmen zu tref-

fen, um sich weiterhin mit Waffen zu versorgen und den endlosen Krieg, den es gegen die Zivilbevölkerung im Nahen Osten führt, zu fördern.

Darüber hinaus hat mindestens eines der von dem Verbot betroffenen israelischen Unternehmen, Israel Shipyards, angekündigt, rechtliche Schritte einzuleiten, um die Entscheidung der Regierung rückgängig zu machen, wie dies bereits im Juni während der Eurosa-tory geschehen war. Es ist daher wichtig, dass wir vor und während der Messe wachsam bleiben.

Auf der Euronaval wie überall gibt es nur eine Lösung, um jeglicher Komplizenschaft ein Ende zu setzen: Mobilisierung für die vollständige Einstellung aller Rüstungsgeschäfte mit Israel!

<https://www.instagram.com/stoparmingisraelfrance>

**20.10.2024**

## **Stop arming Israel France**

Die diesjährige Ausstellung Euronaval, die weltweit größte Messe für militärische Marine, findet vom 4. bis 7. November auf dem Messegelände in Paris Nord Villepinte statt.

Am 16. Oktober wurde in einer Pressemitteilung der Euronaval-Organisatoren bekannt gegeben, dass israelische Unternehmen und Delegationen die Messe besuchen dürfen, aber keine eigenen Ausstellungsstände erhalten.

Dies betraf sieben israelische Rüstungsunternehmen, die ursprünglich vorgesehen waren. Am 18. Oktober kündigte die französische Regierung an, dass dieselben Unternehmen willkommen seien und ausstellen dürften, sofern ihr Material nicht offensiv in Gaza und im Libanon eingesetzt werde.

Die Doppelzüngigkeit der französischen Regierung ist skandalös. Wer definiert den offensiven oder defensiven Einsatz von Waffen? Nach welchen Kriterien? Was ist mit Waffen, die im Westjordanland, im Iran, in Syrien oder im Jemen eingesetzt werden? Welche Überprüfungen wird die Regierung einführen, um die Einhaltung ihrer willkürlichen Bedingungen zu kontrollieren?

Indem Frankreich Israel die Möglichkeit bietet, an dieser Messe teilzunehmen, ermöglicht es nicht nur den israelischen Rüstungsunternehmen, ein internationales Schaufenster zu nutzen, um ihre an Palästinensern „kampferprobten“ Waffen zu verkaufen, sondern auch israelischen Vertretern aus Politik, Militär und Industrie, zu kommen und Abkommen mit französischen und ausländischen Industriellen zu schließen, um sich weiterhin mit Waffen zu versorgen.

Euronaval wird von der SOGENA organisiert, einer Event- Tochtergesellschaft, die zu 100 % dem GICAN (Groupement des Industries de Construction et Activités Navales) und dem französischen Armeeministerium gehört.

Für diese Phoning-Aktion werden diese Institutionen also unsere Ziele sein, bis sie die Teilnahme aller israelischen Aussteller an Euronaval 2024 absagen.

<https://padlet.com/stoparmingisraelfrance/stop-arming-israel-france-smlj5i3burhikad3/wish/E851Q0wmVb9XaVAb>

# **Sieg unserer Klage: Keine Waffen und keine israelische Delegation auf Eurosatory!**

**Samstag 15. Juni 2024**, von [Attac France](#)

Die Richter weisen die Organisatoren der Rüstungsmesse Eurosatory an, jegliche Präsenz israelischer oder angeschlossener Rüstungsunternehmen sowie israelischer oder von ihnen vermittelter Delegationen zu verbieten.

Am 6. Juni klagte ein Bündnis von Organisationen (ASER, Stop Fuelling War, AFPS, Al Haq, Urgence Palestine und Stop Arming Israel France, unterstützt von mehr als fünfzig Organisationen, darunter Attac) in einem Eilverfahren gegen COGES (Veranstalter von Eurosatory, der weltweit größten Rüstungsmesse), und fordert ihn auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um israelische Rüstungsunternehmen und ihre Tochtergesellschaften am Verkauf ihrer Technologien zu hindern, während die israelische Armee in Gaza Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begeht und der Internationale Gerichtshof auf die Plausibilität eines andauernden Völkermords hinweist.

Dieses Bündnis fordert außerdem, dass die israelischen Delegationen auf der Messe vom 17. bis 21. Juni in Villepinte keine Waffen kaufen dürfen, die zu den genannten Verbrechen beitragen könnten.

Diese Aktion folgt auf eine erste Aufforderung, die am 24. Mai 2024 an das COGES geschickt wurde und ihm acht Tage Zeit ließ zur Ergreifung aller Maßnahmen, die verhindern, dass die Abhaltung der Messe zur Verschärfung der absoluten Notsituation in Palästina und den besetzten Gebieten beiträgt.

Angesichts dieser Aufforderung wandte sich die COGES an ihr zuständiges Ministerium, das französische Armeeministerium, das sie am 31. Mai 2024 anwies, alle israelischen Stände auf der Messe zu verbieten: ein erster Sieg für die Verbände, die seit Monaten parallel eine Kampagne gegen die Aufrüstung Israels führen.

Allerdings deuteten mehrere Erklärungen israelischer Unternehmen darauf hin, dass sie dieses Verbot umgehen würden, indem sie bei den Ständen anderer Unternehmen und durch Tochtergesellschaften oder andere verbundene Unternehmen präsent sein würden. Die Verbände zeigten, dass mindestens sieben Tochtergesellschaften, die sich mehrheitlich im Besitz israelischer Unternehmen befanden, weiterhin für die Messe vorgesehen waren.

Obwohl die Stände israelischer Waffenfirmen auf der Messe verboten waren, erlaubte COGES den israelischen Verantwortlichen für Verbrechen in Palästina, ihre ausländischen Waffenkäufe für die nächsten Jahre auf der Messe zu tätigen.

Es bestand also weiterhin ein großes Risiko, dass die Messe zu den Verbrechen beitrug und folglich gegen das humanitäre Völkerrecht, dessen Einhaltung jedoch in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen von COGES gefordert wurde, und gegen das französische Strafrecht in Bezug auf internationale Verbrechen verstieß. Die von den Anwälten Matteo Bonaglia und Dominique Cochain vertretenen Verbände beantragten beim Gericht in Bobigny, diese Gefahr eines drohenden Schadens und einer offensichtlich rechtswidrigen Störung durch die Vorladung vom 6. Juni zu verhindern, die bei einer Anhörung im Schnellverfahren am 13. Juni um 9.30 Uhr unterstützt wurde.

Wenig überraschend plädierten die Anwälte von COGES auf eine fehlende Zuständigkeit des Gerichts und das fehlende Interesse der Verbände an einer Klage. Sie versicherten, dass die größte Rüstungsmesse in keiner Weise Handelsgeschäfte zulasse und daher nicht zu Verbrechen in Palästina beitragen könne, und dass sie nicht die Befugnis habe, israelische Käufer auf der Messe zu verbieten.

Die Richter ließen keines ihrer Argumente gelten und gaben den Verbänden Recht, indem sie anordneten, dass israelische Delegationen, alle Vermittler und israelische Unternehmen in jeglicher Form von der Messe verbannt werden müssen. Sie ordneten außerdem an, dass die Entscheidung an allen Eingängen der Messe ausgehängt wird.

Diese Entscheidung schafft einen wichtigen Präzedenzfall, da sie daran erinnert, dass privatrechtliche Unternehmen wie COGES unabhängig von Maßnahmen der Exekutive verpflichtet sind, sich an das Recht zu halten, um jedes Risiko zu verhindern, in irgendeiner Weise zu schweren internationalen Verbrechen beizutragen.

Nach dem Regierungsbeschluss vom 31. Mai, der die Präsenz der israelischen Rüstungsindustrie verbietet, gibt diese Gerichtsentscheidung auch denjenigen Recht, die sich seit Monaten unermüdlich für die Einhaltung der Menschenrechte in Palästina einsetzen.

Wenn sich die Aktionsstrategien mit der juristischen Strategie ergänzen, können Siege auf dem Weg zu einer wünschenswerten Zukunft erzielt werden.

Gestärkt durch diesen Sieg rufen die klagenden Verbände und die Kollektive, die zur Unterstützung dieser gerichtlichen Klage intervenieren, dazu auf, sich der Versammlung anzuschließen, die am Montag, den 17. Juni zur Eröffnung von Eurosatory ab 8.30 Uhr auf dem Vorplatz des Messegeländes von Villepinte organisiert wird: „Gegen Eurosatory und seine Welt, für die sofortige Einstellung aller Rüstungsgeschäfte mit Israel“ und zur Gegenmesse „Anti-Satory, die Woche der Abrüstung“ vom 16. bis 21. Juni in der AERI in Montreuil.

#### **Vereinigungen des Bündnisses:**

l'ONG ASER, <http://aser-asso.org>

› Stop Fuelling War <https://stopfuellingwar.org/fr/>

› AFPS (Association France Palestine Solidarité) <https://www.france-palestine.org/>

› Et Al Haq, <https://www.alhaq.org/> en intervention volontaire à l'assignation.

Diese Aktion entstand aus der Zusammenarbeit von etwa zwanzig Organisationen, Anwälten, Juristen und Nicht-Juristen, die sich in einer Arbeitsplattform koordinierten, die allen Zugang zu juristischen Strategien bietet, darunter :

› Urgence Palestine <https://urgence-palestine.com/>

› Stop Arming Israel France <https://www.instagram.com/stoparmingisraelfrance/>

› Juristes pour la Paix : <https://www.instagram.com/juristespurlapaix.marseille/>

› TEJE (Travailler Ensemble Jeunes et Engagé·e·s) :

<https://www.instagram.com/teje france>

Das Bündnis wird von den Anwälten Dominique Cochain und Matteo Bonaglia vertreten.

Die Presseerklärung wurde von folgenden Organisationen und Initiativen unterschrieben:

›

Action Justice Climat

› Alofa Tuvalu

› Attac France

› Avocats pour la justice au Proche Orient

› BAOBAB 16

› BDS Provence

› Collectif des Elèves Avocat.e.s Solidaires

› avec la Palestine (CEASP)

› Comité Palestine de Jussieu

› DAL16

› Emancipation, tendance intersyndicale

› Europalestine

› FIDH

› FSU

› Fondation Danielle Mitterrand

› Kessem - féministes Juives décoloniales

› Ligue des Juristes pour la Paix

- Le Bruit Qui Court
- Les Rayonnantxes
- Mouvement pour une Alternative Non-violente (MAN)
- Le Mouvement de la Paix
- TEJE (Travailler Ensemble Jeunes et Engagé·e·s)
- Terres de Luittes
- Union Juive française pour la paix
- Citoyennetés pour la paix de Colombie-France
- Collectif Palestine de Créteil - AFPS
- Collectif Palestine du biterrois pour une paix juste/Béziers
- The Liberation March (TLM)
- Tsedek !
- Union Syndicale Solidaires
- Union Syndicale Solidaires Ariège
- Utopia 56
- Nouveaux collectifs ou associations de la société civile en soutien à l'action en justice : (par ordre alphabétique)
- Amis de la Terre France
- Association des Sahraouis en France
- Association de Solidarité Interpeuples
- Assemblée féministe Paris Banlieue
- <https://france.attac.org/actus-et-medias/salle-de-presse/article/victoire-de-notre-action-en-justice-aucune-arme-et-delegation-israelienne>
- 

- Attac France
- BDS France
- Charente Palestine Solidarité
- Collectif Judeo Arabe et Citoyen pour la Palestine (CJACP)
- Collectif Palestine Nord Essonne
- Collectif 69 de soutien au peuple palestinien
- Collectif Vietnam-Dioxine
- Comité Palestine Unistras
- Comité étudiant de soutien à la Palestine de Evry-Courcouronnes
- Couserans-Palestine Ariège
- Femmes Plurielles
- Justice Sans Frontiere (JSF)
- Marseille Gaza Palestine (MAGPAL)
- Pour une Santé Engagée et Solidaire
- Relève Féministe
- Stop Précarité
- TEJE (Travailler Ensemble Jeunes et Engagé·e·s)
- Unitedvoices\_unitedaswat (UV\_UA)
- Union Décoloniale - Juifs Arabes Musulmans (UD-AJM)



# Sofortiger Waffenstillstand im Libanon und in Gaza! Gezielter Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen

Dienstag, 15. Oktober 2024, von [Attac France](#)

## ***Gemeinsames Kommuniqué auf Initiative der Gruppe Internationale Mobilisierungen von Attac***

Der völkermörderische Krieg, der von Israel seit einem Jahr geführt wird, geht im Gazastreifen weiter. Mit seinen täglichen Todesopfern: Man spricht von mehr als 41.000 toten Palästinensern mit einer Schätzung von mehr als 100.000 Toten im Zusammenhang mit den Bombardierungen, der Zerstörung von 70% der Infrastruktur - Wasser, Krankenhäuser, etc. - und der Hungersnot [1], ganz zu schweigen von den Verletzten und Verstümmelten.

Und das trotz der Klage Südafrikas, die mit Unterstützung anderer Länder wie Brasilien vor dem Internationalen Strafgerichtshof verhandelt wird, trotz der UN-Resolutionen für einen Waffenstillstand und die Freigabe der humanitären Hilfe für Gaza, trotz der studentischen Mobilisierungen, insbesondere in den USA und in Frankreich, trotz des Antrags des IStGH-Anklägers auf Ausstellung von Haftbefehlen gegen den israelischen Premierminister und den Verteidigungsminister sowie drei Hamas-Führer wegen Handlungen, die er als Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet.

Auch in Jerusalem und im Westjordanland nehmen die ethnischen Säuberungen zu. Der Bau illegaler Siedlungen, der Landraub, die Überfälle bewaffneter Siedler auf palästinensische Dörfer, die Vertreibung und die Zerstörung von Häusern sowie die unrechtmäßige Verhaftung von Zivilisten, darunter auch Kinder, beschleunigen sich und seit dem 7. Oktober 2023 sind in den besetzten Gebieten fast 700 Menschen ums Leben gekommen.

Im Libanon feuerte die Hisbollah angesichts des Massakers in Gaza Raketen auf Nordisrael ab, die innerhalb eines Jahres 26 israelische Zivilisten und 22 Soldaten oder Reservisten töteten und etwa 60.000 Menschen vertrieben. Als Vergeltung startete die Regierung Netanjahu,

die bereits für den Tod Hunderter Menschen im Südlibanon und auf den syrischen Golanhöhen verantwortlich ist, Terroranschläge mit präparierten Pager- und Walkie-Talkie-Sprengsätzen sowie tödliche Luftangriffe, bei denen bis zum 9. Oktober über 2.000 Menschen, darunter laut dem libanesischen Gesundheitsministerium 127 Kinder, ums Leben kamen und über eine Million Menschen, fast ein Fünftel der Bevölkerung, vertrieben wurden. „Befreit euer Land von der Hisbollah“, rief der israelische Regierungschef am 9. Oktober 2024 den Libanesen zu und drohte ihrem Land ansonsten mit “Zerstörung und Leid, wie wir es in Gaza sehen.“

Im selben Zeitraum wurde der Antrag der Palästinensischen Autonomiebehörde auf Aufnahme in die Vereinten Nationen von [den USA](#), Israels größter militärischer Stütze, [abgelehnt](#). Tatsächlich findet dieser Krieg seine wichtigsten Verbündeten in den Vertretern der neokolonialen Herrschaft des Westens. Im Gegensatz dazu haben kürzlich neue europäische Staaten - Spanien, Irland und Norwegen - den palästinensischen Staat anerkannt und sich damit der Mehrheit der Länder in der Welt angeschlossen.

Derzeit ist ein Waffenstillstand dringend erforderlich, um ein Ende der Massaker und den Austausch von Gefangenen zu erreichen. Darüber hinaus ist konkrete Solidarität gefragt, um Druck auszuüben und ein Ende des Siedlungsbaus und der Apartheid zu fordern, da dies die Voraussetzung für den Zugang der Palästinenserinnen und Palästinenser zur Selbstbestimmung ist. Bei der Arbeit, an der Universität, beim Einkaufen - es gibt immer Möglichkeiten, sich an der BDS-Kampagne (Boycott, Divestment, Sanctions) [2] zu beteiligen, die sich am Anti-Apartheid-Kampf in Südafrika orientiert und auf die Wirkung von Wirtschaftssanktionen und Desinvestitionen setzt. Diese Kampagne gilt als

legal, da sie nach Ansicht der europäischen Justiz unter das Recht auf freie Meinungsäußerung fällt [3].

In Frankreich wurden die Solidaritätsbekundungen durch semantische Taschenspielertricks zu einem Skandal gemacht, da die Regierung und die Mainstream-Medien Israelis und Juden gleichsetzen - ohne auf die jüdischen Stimmen zu hören, die diese Gleichsetzung ablehnen -, sowie den Antizionismus mit dem Antisemitismus und die Unterstützung der palästinensischen Sache mit der Unterstützung des Terrorismus gleichsetzen. Dieser ideologische Kampf, der sich in unzulässigen Fällen von Repression äußert, verschärft nur den Antisemitismus und die Islamophobie.

Das [Nationale Kollektiv für einen gerechten und dauerhaften Frieden](#) zwischen Palästinensern und Israelis erinnert daran: „Wir haben immer unmissverständlich alle Kriegsverbrechen verurteilt, die seit dem 7. Oktober begangen wurden. Wir bekräftigen unsere Forderung nach einem sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand und dem uneingeschränkten Zugang von humanitärer Hilfe in den Gaza-Streifen. Wir fordern, dass die unwürdigen Angriffe auf die Meinungsfreiheit, die eine Schande für unser Land darstellen, die Verbote von Solidaritätskundgebungen sowie die Einschüchterungen und Verurteilungen von gewählten Volksvertretern und Gewerkschaftsaktivisten aufhören.“

Angesichts dieses Zermübungskrieges, der in seiner Unverhältnismäßigkeit beiden Völkern und ihren Nachbarn Schmerzen bereitet und der Gefahr läuft, die historische Frage der Rechte der Palästinenser wieder einmal zu verschleiern, rufen wir dazu auf, die faktische Komplizenschaft unserer Regierungen und der

Europäischen Union abzulehnen. Wir können nicht akzeptieren, dass die Handlungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene eingeschränkt werden, zumal die Koalition der extremen Rechten das gleichgeschaltete Regime der Netanjahu-Regierung unterstützt.

Wir fordern

- Sanktionen gegen das israelische Kriegskabinett und nicht nur gegen die Siedler;
- die Desinvestition von Projekten oder Unternehmen, die sich an der Kolonisierung in den palästinensischen Gebieten beteiligen, insbesondere von denen, die auf der UN-Liste stehen;
- die Aufkündigung des Assoziierungsabkommens EU-Israel;
- die Beendigung der militärischen Zusammenarbeit mit Israel.

Wir fordern auch die gewählten Vertreterinnen und Vertreter sowie die Verantwortlichen von Organisationen auf, auf ihrer Ebene die internationale BDS-Kampagne, die Wiederaufnahme der Zahlungen der UNO an das UNRWA [4], die Bildung eines großen organisationsübergreifenden und bürgerschaftlichen Spendentopfes für humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau des Gaza-Streifens zu unterstützen.

Attac France  
CADTM France  
CADTM international  
CEDETIM  
Fondation Copernic  
CORENS (Collectif Régional pour la  
Coopération Nord-Sud - Hauts de France)  
CIBELE (Collectif Régional pour la Coopération  
Nord-Sud - Île-de-France)

## Notes

[1] Revue médicale britannique [The Lancet](#), juillet 2024

[2] <https://bdsmovement.net/>

[3] <https://actu.dalloz-etudiant.fr/a-la-une/article/lappel-au-boycott-de-produits-israeliens-releve-de-la-liberte-dexpression/h/578dc14b498c9b1534af8307e095ff.html>

[4] UNRWA : Office de secours et de travaux des Nations unies pour les réfugiés de Palestine dans le Proche-Orient